



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Dokumentation der Transferwerkstatt

Öffentliche Einrichtungen in Stadt- und Ortsteilzentren – Orte für Kultur, Freizeit, Bildung und Gesundheit

19./20. September 2017, Luckenwalde
Goldene 33



Die 16. Transferwerkstatt befasste sich mit öffentlichen Einrichtungen als Orte für Kultur, Freizeit, Bildung und Gesundheit. Öffentliche Einrichtungen, soziale und kulturelle Infrastrukturangebote sind wichtige Anziehungspunkte für unterschiedliche Zielgruppen in den Stadt- und Ortsteilzentren. Diese Einrichtungen leisten einen Beitrag dazu, die Funktionsvielfalt auszubauen und die Zentren zu beleben. Sie fungieren häufig als Schlüssel- und Impulsprojekte, die das Stadtbild aufwerten und weitere Investitionen nach sich ziehen. Sie sind Frequenzbringer und als Orte für Begegnung und Kommunikation, Freizeit und Erholung unterstützen sie den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

Die Transferwerkstatt widmete sich diesem breiten Spektrum öffentlicher Einrichtungen und ihrer Rolle bei der Stärkung der Zentren. Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Programmkommunen sowie von Bundes-

und Landesinstitutionen diskutierten darüber, wie diese Einrichtungen in den Zentren neu geschaffen, aufgewertet und in ihrer Qualität gesichert werden können. Thematisiert wurden kooperativ erarbeitete und umgesetzte Nutzungskonzepte sowie unterschiedliche Trägermodelle. Vorträge zu Beispielen aus der Praxis sowie ein Rundgang und eine Busrundfahrt durch die Innenstadt von Luckenwalde verdeutlichten die vielfältigen Handlungsansätze, mit denen öffentliche Einrichtungen in Stadt- und Ortsteilzentren etabliert werden können.

Eine Plakatausstellung mit bundesweiten Beispielen laufender Fördermaßnahmen aus dem Zentrenprogramm bot einen Einblick in die vielschichtigen Handlungsansätze und realisierten Vorhaben vor Ort. Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahmen Holger Pietschmann (1. Veranstaltungstag) und Christian Kloss (2. Veranstaltungstag), beide Bundestransferstelle Aktive Stadt und Ortsteilzentren.

Erster Veranstaltungstag

Elisabeth Herzog-von der Heide, Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde, eröffnete die 16. Transferwerkstatt und begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie skizzierte die Geschichte von Luckenwalde und ging insbesondere auf die Entwicklung Luckenwaldes seit dem 19. Jahrhundert hin zu einer stark industriell geprägten Stadt mit einem Schwerpunkt in der Textilverarbeitung ein. Frau Herzog-von der Heide verwies dabei auf die vielen öffentlichen Einrichtungen in Luckenwalde, die im Zuge der Wohlfahrtspflege in der damaligen Zeit entstanden sind. In den 1920er Jahren entwickelte sich Luckenwalde zu einer „Stadt der Moderne“.

Innovative Einrichtungen, wie die Doppelvolksschule, das Jugendheim des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Stadtbad und das Krankenhaus, entstanden zu dieser Zeit. Das bauliche Erbe dieser Zeit prägt die heutige Stadtgestalt und es sei nach wie vor eine Herausforderung, diese Gebäude zu sichern und zu qualifizieren. Es wirke identitäts-

stiftend und sei damit, wie Frau Herzog-von der Heide weiter ausführte, ein großes Potenzial für die zukünftige Entwicklung von Luckenwalde.

Die Stadtentwicklung war nach 1990 von einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang geprägt. Seit einigen Jahren steigt die Bevölkerungszahl wieder. Die sich hieraus ergebenden Chancen werden, wie Frau Herzog-von der Heide erläuterte, auf der Grundlage eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes genutzt, um die Innenstadt weiter zu stärken und das bauliche Erbe aus den 1920er Jahren zu revitalisieren.

Auch die Qualifizierung öffentlicher Einrichtungen ist für die Stadtentwicklung von Luckenwalde von herausragender Bedeutung. In der jüngeren Vergangenheit wurden unter anderem das ehemalige Empfangsgebäude des Bahnhofs zu einer Bibliothek umgebaut, das Stadtmuseum eingerichtet, die soziale Infrastruktur saniert und eine neue Feuerwache errichtet. Künftig, so Frau Herzog-von der Heide,

sei es angesichts des zu erwartenden Bevölkerungswachstums eine der wichtigsten Aufgaben, den Bedarf nach ausreichenden Plätzen in Kindertagesstätten zu decken.

Anschließend begrüßte **Elfi Heesch**, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg. Sie wies zunächst auf die Strategie Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg aus dem Jahr 2017 hin, in der die zentralen Eckpunkte, Herausforderungen und Maßnahmen für die räumliche Entwicklung der Städte und Gemeinden benannt werden. Als Instrument für eine nachhaltige Stadtentwicklung hob sie integrierte Stadtentwicklungskonzepte hervor, die darauf fokussiert sein sollten, die Innenstädte zu stärken. Dies könne, wie sie weiter ausführte, nur durch die Kooperation kommunaler und privater Akteure gelingen.

Nicole Graf, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ging in ihrer Begrüßung darauf ein, dass die Sicherung und Qualifizierung öffentlicher Einrichtungen von großer Bedeutung sind, um auf demografische Veränderungen zu reagieren. Grundsätzlich ist die soziale Teilhabe wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik, wie auch im aktuellen Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung hervorgehoben. Frau Graf verwies in diesem Zusammenhang auf den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, mit dem der Bund bis 2020 jährlich 200 Millionen Euro bereitstellt, um Kommunen dabei zu unterstützen, öffentliche Einrichtungen weiter zu entwickeln und an veränderte Anforderungen anzupassen. Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren ist nach wie vor nachgefragt. So wurden im Programmjahr 2017 etwa 70 neue Gesamtmaßnahmen aufgenommen. Daneben sollte stärker diskutiert werden, welche zukünftigen Herausforderungen sich für die Zentren abzeichnen.

Mechthild Renner, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), hielt einen einführenden Fachbeitrag zum Thema „Öffentliche Einrichtungen in Stadt- und Ortsteilzentren etablieren“.



Goldene 33 in Luckenwalde, Veranstaltungsort der Transferwerkstatt

Foto: Plan und Praxis

Zunächst ging Frau Renner anhand einer aktuellen BBSR-Karte auf die Gesamtzahl der Kommunen ein, die bundesweit am Zentrenprogramm partizipieren. Insgesamt waren bis einschließlich 2016 knapp 700 Gesamtmaßnahmen in über 600 Kommunen in der Förderung. Vor dem Hintergrund der abgeschlossenen Zwischenevaluierung, die bestätigt, dass noch erhebliche Förderbedarfe bestehen, und auch der Tatsache, dass es bundesweit 11.165 Gemeinden bzw. 4.538 Gemeindeverbände (Quelle BBSR / laufende Raumbewertung) gibt, werde offenbar, dass nach wie vor Unterstützung aus dem Zentrenprogramm gefragt sei.

Frau Renner sprach die Vielfalt öffentlicher Einrichtungen an und ging beispielhaft auf kulturelle sowie soziale Infrastruktur sowie Verwaltungseinrichtungen ein. In den Zentren seien vorhandene Einrichtungen nachfragegerecht zu stärken bzw. neu zu schaffen. Möglichkeiten können in der Sanierung stadtbildprägender Gebäude liegen. Oder es können bereits bestehende Nutzungen mit neuen öffentlichen Einrichtungen gekoppelt werden und so multifunktional genutzte Gebäude entstehen. Weitere Chancen liegen darin, leerstehende Gebäude umzunutzen oder entsprechende Zwischennutzungen zu befördern. Mobile Angebote können insbesondere in sehr kleinen Gemeinden hilfreich sein - so Frau Renner. Um die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand zu unterstreichen, seien baukulturelle Belange in der Planungs- und Umsetzungsphase zu berücksichtigen.

Des Weiteren ging Frau Renner auf die instrumentelle Einbindung ein. Machbarkeitsstudien, Wettbewerbe zur Qualitätssicherung sowie abgesicherte Trägerschaften und Verantwortungspartnerschaften tragen dazu bei, öffentliche Einrichtungen in Zentren zu etablieren. Die Infrastruktureinrichtungen in den Stadtraum städtebaulich ein- und an öffentliche Räume qualitativ anbinden, sei ebenso bedeutsam. Öffentliche Einrichtungen können die Versorgungssicherheit erhöhen, die Nutzungsmischung unterstützen und die Wohnfunktion bereichern. Sie können das Image des Zentrums verbessern und die Baukultur veranschaulichen. Sie können sich zum Frequenzbringer und Publikumsmagneten entwickeln und zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Öffentliche Einrichtungen berühren somit insbesondere vier Zielbereiche der Programmstrategie, nämlich Funktionsvielfalt und Versorgungssicherheit, partnerschaftliche Zusammenarbeit, soziale Kohäsion und Stadtbaukultur. Die Ergebnisse der 2015 abgeschlossenen Zwischenevaluierung des Zentrenprogramms zeigen auf – so Frau Renner – dass insbesondere im Zusammenhang mit der Sanierung ortsbildprägender Gebäude soziale und kulturelle Einrichtungen wichtige Impulsinvestitionen bei der Programmumsetzung bilden.

Christian Kloss und **Sebastian Däßler**, beide Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, skizzierten auf der Grundlage von Erkenntnissen aus der bisherigen Umsetzung des Zentrenprogramms Wirkungen von öffentlichen Einrichtungen als Impulsprojekte der Zentrenentwicklung. Herr Kloss erläuterte, dass ein breites Spektrum öffentlicher Einrichtungen existiert, die eine Vielzahl von Funktionen – darunter Kultur, Freizeit, Bildung, Gesundheit und Verwaltung – übernehmen. Er charakterisierte öffentliche Einrichtungen als Angebote, die öffentlich zugänglich sind und sich sowohl an breite Zielgruppen als auch an ausgewählte Bevölkerungsgruppen richten.

Er ging darauf ein, dass mit der Etablierung und Qualifizierung öffentlicher Einrichtungen mehrere Ziele der Zentrenentwicklung erreicht werden können. Aus der bisherigen

Programmumsetzung lassen sich dazu, so Herr Kloss weiter, verschiedene Ansätze ableiten.

Erstens trägt die Schaffung öffentlicher Einrichtungen dazu bei, schwierige städtebauliche Problemlagen aufzulösen. Dies gelingt durch die zusammenhängende Entwicklung wichtiger Grundstücke oder Gebäude, für die sich einerseits eine öffentliche Nutzung aufgrund der prominenten Lage anbietet. Andererseits findet sich für diese Flächen oder Immobilien aufgrund oftmals spezifischer Rahmenbedingungen kein privater Investor. Mit diesem Ansatz wird häufig ein Beitrag zur stadtbaukulturellen Prägung des Zentrums geleistet. Zweitens werden durch die Schaffung öffentlicher Einrichtungen funktionale Problemlagen aufgelöst, indem Leerstände beseitigt, das Funktionsspektrum ergänzt und die Nutzungsvielfalt in den Stadt- und Ortsteilzentren erhöht werden. Als dritten Ansatz skizzierte Herr Kloss, dass Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in öffentlichen Einrichtungen bereitgestellt werden, um die soziale Kohäsion zu stärken und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Herr Däßler gab anschließend einen Überblick über beispielhafte Maßnahmen aus Programmkommunen, die sich diesen Ansätzen zuordnen lassen.

Im Fazit verwies Herr Kloss auf die Impulsfunktion öffentlicher Einrichtungen für die Zentrenentwicklung. Sie tragen dazu bei, die Nutzungsfrequenz in den Zentren zu erhöhen. Sie strahlen positiv auf benachbarte Grundstücke aus und steigern die Attraktivität des Zentrums insgesamt. Die Etablierung und Qualifizierung öffentlicher Einrichtungen hat auch eine Impulswirkung für die Stärkung von Kooperationen der öffentlichen Hand mit unterschiedlichen Trägern sowie für ressortübergreifendes Handeln und Bündeln von Fördermitteln. Anstoß- und Bündelungseffekte des Zentrenprogramms lassen sich, wie Herr Kloss abschließend erläuterte, bei öffentlichen Einrichtungen gut ablesen. Die Schaffung öffentlicher Einrichtungen und damit verbundene Attraktivitätssteigerungen der Innenstadt wirken zudem häufig als Impuls für weitere (private) Investitionen im direkten Umfeld sowie im Zentrum insgesamt.



Ortskern von Schierling mit neuem Geschäfts- und Bürgerhaus

Foto: Fritz Wallner, Markt Schierling

Im Anschluss folgten Vorträge aus der kommunalen Praxis. Anhand der Beispiele der Programmkommunen Markt Schierling (Bayern), Berlin Müllerstraße und Zwickau (Sachsen) stellten lokale Akteure ihre Erfahrungen bei der Etablierung öffentlicher Einrichtungen dar.

Fritz Wallner, Markt Schierling, berichtete in seinem Beitrag davon, wie öffentliche Einrichtungen und medizinische Versorgungsangebote im Ortskern von Schierling etabliert wurden. Markt Schierling ist ein Grundzentrum zwischen München und Regensburg mit etwa 8.000 Einwohnern.

Im Anschluss an einen Bürgerbeteiligungsprozess, bei dem erste Ideen zur Umgestaltung der Ortsmitte von Markt Schierling entwickelt wurden, kaufte die Gemeinde ehemals gewerblich genutzte Flächen im Zentrum des Ortes. Für diese Flächen wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Mit der Aufnahme der Ortsmitte von Schierling in die Förderung aus dem Zentrenprogramm wurde ein integriertes Gemeindeentwicklungskonzept und ein städtebaulicher Rahmenplan erarbeitet. Es wurden Leitprojekte der integrierten Ortskernentwicklung in den Bereichen Einkaufen, Bildung und ärztliche Versorgung beschlossen. Zentrales Vorhaben war der Bau eines Geschäfts- und Bürgerhauses.

Dabei arbeitete die Gemeinde eng mit einem örtlichen Investor zusammen. In dem Geschäfts- und Bürgerhaus wurden ein Lebensmittelmarkt, ein Café und mehrere öffentliche

Einrichtungen, wie die Gemeindebibliothek, eine Familienberatungsstelle und ein Polizeistützpunkt eingerichtet. Im Gebäude wurde zudem ein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) eröffnet, in dem verschiedene Fachärzte tätig sind. Dadurch konnte in der kleinen Gemeinde Schierling die wohnortnahe Versorgung mit Fachärzten verbessert werden; dies erhöht die Attraktivität der Gemeinde als Wohnstandort für unterschiedliche Generationen. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Bürger- und Geschäftshaus entstand zudem ein Senioren-Wohnpark mit einer Sozialstation und einer Tagespflege.

Durch die Umgestaltung der Ortsmitte von Markt Schierling und die Ansiedlung öffentlicher Einrichtungen sind positive Wechselbeziehungen entstanden, da attraktive Angebote für Familien mit Kindern geschaffen wurden, von denen auch ältere Menschen profitieren. Resümierend stellte Herr Wallner fest, dass öffentliche Einrichtungen und medizinische Versorgungsangebote neben Einkaufsmöglichkeiten wesentliche Anker für die Sicherung der Funktionsvielfalt darstellen.

Karsten Scheffer, Prozesssteuerung „Aktives Stadtzentrum Müllerstraße“, berichtete in seinem Vortrag über Bildungs- und Kultureinrichtungen in der Müllerstraße in Berlin. Die Müllerstraße befindet sich im Ortsteil Wedding des Bezirkes Mitte, unweit des Berliner Hauptbahnhofes. Die Müllerstraße ist eine Geschäftsstraße, die ab Mitte der 1990er Jahre von Funktionsverlusten geprägt war. Wichtige öffentliche Einrichtungen wurden verlagert und der Einzelhandel verlor an Anziehungskraft. Zugleich bestand Handlungsbedarf im öffentlichen Raum. Mehrere Stadt- und Quartiersplätze wiesen gestalterische und funktionale Mängel auf, auch sind sie einem hohen Nutzungsdruck ausgesetzt und eine Reihe von sozialen Konflikten werden in den öffentlichen Räumen ausgetragen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurden Vorbereitende Untersuchungen durchgeführt und ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet. Eines

der Ziele der Gebietsentwicklung ist es, Kultur- und Bildungseinrichtungen zu stärken. Damit soll die Funktionsvielfalt ausgebaut werden. Den Schwerpunkt bildet das sogenannte Bildungsband.

Im Fördergebiet der Müllerstraße konzentrieren sich entlang des Bildungsbandes mehrere Kultur-, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen, darunter die Beuth-Fachhochschule, Teile der Verwaltung des Bezirkes Mitte, die Schillerbibliothek und weitere öffentliche Einrichtungen. Zwischen diesen Bildungseinrichtungen befinden sich mit dem Zeppelinplatz, dem Rathausplatz sowie dem Leopoldplatz öffentliche Freiräume. Im Rahmen der Förderung durch das Zentrenprogramm wird das Ziel verfolgt, eine stärkere inhaltliche und räumliche Verbindung sowie eine Erweiterung der Kultur- und Bildungseinrichtungen im Bildungsband zu schaffen.

Auch die angrenzenden Freiflächen wurden neu gestaltet, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, soziale Konflikte zu entschärfen und Veranstaltungen zu ermöglichen, die zur Belebung beitragen. Die Neugestaltung zielte insbesondere darauf ab, die öffentlichen Einrichtungen besser zu verknüpfen. Herr

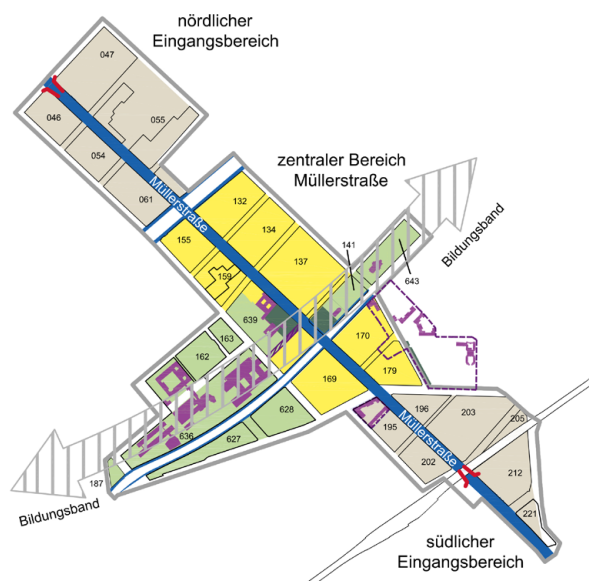


Abbildung 1: Bildung und Kultur im Stadtteilzentrum: das Bildungsband in der Müllerstraße in Berlin.

Quelle: Bezirksamt Mitte von Berlin



Neubau der Schillerbibliothek in der Müllerstraße
Foto: Plan und Praxis

Scheffer betonte, dass durch die Umgestaltung auch die Wahrnehmbarkeit der öffentlichen Einrichtungen im Fördergebiet verbessert werden konnte. So dient die Umgestaltung des Rathausplatzes auch dazu, die Erweiterung der angrenzenden Bildungsangebote wie insbesondere der Schillerbibliothek zu verdeutlichen. Resümierend hob Herr Scheffer hervor, dass das Zentrum Müllerstraße durch das Bildungsband mit den umgesetzten Maßnahmen stabilisiert wurde.

Prof. Dr. Tobias Teich, Westsächsische Hochschule Zwickau, berichtete in seinem Vortrag über das „ubineum“, ein Kompetenzzentrum in Zwickau, in dem Möglichkeiten zur Einsparung von Energie- und Gesundheitskosten für das Wohnen im Alter erprobt werden und das gesammelte Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Das „ubineum“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Zwickau, der Westsächsischen Hochschule Zwickau, der Wohnungswirtschaft den Energieversorgern sowie von Pflegeeinrichtungen und Sozialdiensten. Als Trägergesellschaft fungiert die Gesellschaft für intelligente Infrastruktur, bestehend aus der Westsächsischen Wohn- und Baugenossenschaft eG Zwickau, der Zwickauer Energieversorgung GmbH, der Smart Facility GmbH sowie der SEF Energietechnik GmbH.

Auslöser für die Errichtung des „ubineums“ war die Erkenntnis, dass die digitale Infrastruktur bei der Einrichtung von Smart Homes und der technischen Ausrüstung von Gebäu-



Abbildung 2: Visualisierung des „ubineums“,
Quelle: Gesellschaft für Intelligente Infrastruktur
Zwickau mbH

den immer bedeutsamer wird. So zeigte sich im Rahmen von Messungen in Wohngebäuden in Zwickau, dass durch den Einsatz von intelligenten digitalen Regelungstechniken bei Heizungsanlagen in Gebäuden erhebliche Energieeinsparpotenziale bestehen.

Um diese Erkenntnisse zu bündeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde eine ehemalige Schwimmhalle in Zwickau zum „ubineum“ umgebaut. Hier wurde eine Musterwohnung eingerichtet, die mit zahlreichen digitalen Einrichtungen, wie einer digitalen Sprachsteuerung oder elektronisch verstellbaren Möbeln ausgestattet wurde, die insbesondere pflegebedürftigen Menschen Erleichterungen im Alltag ermöglichen. Zudem wurde das Gebäude mit modernsten Energieversorgungssystemen ausgestattet. Hier wird dargestellt, wie durch den Einsatz von intelligenten digitalen Regelungstechniken wirkungsvoll Energie zum Heizen eingespart werden kann.

Die Einrichtungen im „ubineum“ können besichtigt werden. Um einen erfolgreichen Wissenstransfer zu gewährleisten, stehen im „ubineum“ zudem Tagungsräume für Informationsveranstaltungen und Seminare zur Verfügung. Auch die an der Umsetzung des „ubineums“ beteiligten Partner sind mit eigenen Büros im „ubineum“ vertreten.

Im letzten Vortrag des ersten Veranstaltungstages berichtete **Peter Mann**, Stadt Luckenwalde, von den Impulsen, die öffentliche Einrichtun-

gen für die Zentrenentwicklung in Luckenwalde haben. Er stellte zunächst die Fördermaßnahme im Zentrenprogramm vor. Wichtige Ziele sind die Sanierung des Gebäudebestandes, die Qualifizierung des öffentlichen Raumes sowie die Verbesserung der verkehrlichen Situation. Die Umgestaltung der denkmalgeschützten Fußgängerzone „Boulevard“ ist dabei die zentrale Maßnahme. Ergänzt werden die baulichen Maßnahmen unter anderem durch den Einsatz des Verfügungsfonds, ein Citymanagement oder ein intensives Stadtmarketing.

Er erläuterte weiterhin verschiedene Neu- und Umbauprojekte, mit denen öffentliche Einrichtungen in der Innenstadt geschaffen und qualifiziert wurden. Für die Stärkung der Innenstadt war die Verlegung des Kreis-sitzes nach Luckenwalde von hoher Bedeutung. Durch den Neubau der Kreisverwaltung erhöhte sich die funktionale Bedeutung der Innenstadt von Luckenwalde. Auch im Bereich der öffentlichen Kultur- und Bildungsinfrastruktur konnten zahlreiche Projekte umgesetzt werden. Neben der Sanierung von Schulen, Pflegeeinrichtungen sowie Informations- und Beratungseinrichtungen konnten auch historische Gebäude für kulturelle Nutzungen saniert werden. Hierzu zählt das Stadtmuseum, das in historischen Fachwerkhäusern am Markt eingerichtet wurde.

Eines der wichtigsten Projekte war die Nachnutzung des Bahnhofs. Nach der Aufgabe der Nutzung durch die Deutsche Bahn, wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Auf dieser Grundlage wurde das ehemalige Empfangsgebäude umgebaut und erweitert. Seit der Fertigstellung im Jahr 2008 befindet sich hier die Stadtbibliothek. Die neue Bibliothek wurde mit mehreren Architekturpreisen und dem Deutschen Städtebaupreis ausgezeichnet. Die Bibliothek setzt gestalterische und funktionale Impulse für das Bahnhofsumfeld und trägt zur Belebung bei. Auch der angrenzende ehemalige Postbahnhof wurde saniert und zu einer Mobilitätszentrale umgebaut. Hier wurden verschiedene Dienstleistungen und Angebote zum Thema Mobilität gebündelt, die sich sowohl an die Bewohner als auch an Touristen richten.

Ein weiteres Vorhaben zur Stärkung öffentlicher Einrichtungen ist der im Jahr 2016 fertig gestellte Neubau einer Feuerwache nahe dem Bahnhof. Dem Neubau ging ein Realisierungswettbewerb im Jahr 2011 voraus.

Im Anschluss an den Vortrag fand in zwei Gruppen ein Rundgang durch die Innenstadt von Luckenwalde statt. Besichtigt wurde der Boulevard, der aktuell umgestaltet wird. Künftig werden die Geschäfte entlang des Boule-

vars barrierefrei zugänglich sein. Zudem soll in der westlichen Altstadt ein Shared-Space-Bereich eingerichtet und die Nebenstraßen für Schulkinder sicherer gestaltet werden.

Der Rundgang wurde durch eine geführte Busrundfahrt durch die Innenstadt von Luckenwalde ergänzt. Hierbei wurden auch Details zu öffentlichen Einrichtungen, wie zur Bibliothek im ehemaligen Bahnhof oder zum Neubau der Feuerwehr, näher erläutert.



Umgestaltete Fußgängerzone „Boulevard“ mit Marktturm (oben links), südlicher Abschnitt des „Boulevard“ vor der Umgestaltung (oben rechts), Bibliothek im ehemaligen Bahnhofsgebäude (Mitte links), neues Feuerwehrgebäude (Mitte rechts), Heimatmuseum und St. Johannis Kirche (unten)
Fotos: Plan und Praxis

Zweiter Veranstaltungstag

Der zweite Veranstaltungstag begann mit vier Vorträgen aus der Praxis zu öffentlichen Einrichtungen in Stadt- und Ortsteilzentren.

Andrea Soyka, steg Hamburg mbH, ging auf die Bündelung von öffentlichen Einrichtungen in sogenannten Quartierszentren ein. Als Beispiele für Hamburger Quartierszentren stellte Frau Soyka den Neubau des Campus Steilshoop im Bezirk Wandsbek sowie den Neubau des Körperhauses in Hamburg-Bergedorf vor. Der Bau der beiden Quartierszentren wird mit Mitteln des Zentrenprogramms, öffentlichen Mitteln sowie Geldern verschiedener Stiftungen finanziert.

Nach dem Rückbau eines ehemaligen Bildungszentrums entstehen auf dem Campus Steilshoop durch die Zusammenlegung von zwei Schulen und sieben Einrichtungen der sozialen und Bildungsinfrastruktur bis 2019 ein neues Schulgebäude und das Gebäude des Quartierszentrums. Die Nutzfläche wird insgesamt 13.000 Quadratmeter betragen. Eine städtische Gesellschaft, die Schulbau Hamburg, vermietet die Flächen der Schule für schulische und außerschulische Zwecke sowie die Flächen des Quartierszentrums durch den Abschluss von Einzelmietverträgen über konkrete Mieteinheiten.



Modell des Campus Steilshoop in Hamburg,
Entwurf: Hascher Jehle Architekten
Foto: KIWI design + art

Der Neubau des Körperhauses wird bis 2020 am Standort des Lichtwarkhauses realisiert. Das Lichtwarkhaus ist eine Jugendfreizeiteinrichtung und Seniorenbegegnungsstätte, die in den 1960er Jahren errichtet wurde und stark sanierungsbedürftig ist. Zukünftige Nutzer sind die Körperstiftung, die Arbeiterwohlfahrt, eine Stadtteilbibliothek, das Theater „Haus im Park“ und ein Café. Auch die Bezirksverwaltung wird Räume nutzen. Das Gebäude wird durch eine städtische Gesellschaft errichtet und anschließend vermietet. Auch hier werden Einzelmietverträge über konkrete Mieteinheiten abgeschlossen. Die Mieten für gemeinsam nutzbare Flächen werden anteilig auf alle Mieter umgelegt.

Hintergrund für die Einrichtung von Quartierszentren sind der vorherrschende Sanierungsbedarf sowie ein oftmals vorhandener Flächenüberschuss in kommunalen Bestandsgebäuden. Mit den Quartierszentren wird das Ziel verfolgt, öffentliche Einrichtungen effizienter und flexibler zu gestalten, durch ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot öffentlicher Einrichtungen die Zentrumsfunktion zu stärken und Identifikationsorte zu schaffen. Hierfür werden Angebote von verschiedensten Trägern – darunter Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Sport, Freizeit Kultur sowie Beratung – räumlich gebündelt, um Synergien zu nutzen. Einerseits sollen sich die Angebote in den Zentren positiv auf die angrenzenden Quartiere auswirken und andererseits sollen durch die Optimierung der Flächennutzung räumliche und finanzielle Mehrwerte erzielt werden.

Zentraler Bestandteil der Quartierszentren ist die multifunktionale Nutzung der Räume. Als Anforderung an solche Nutzungskonzepte wurde genannt, dass bei der baulichen Konzeption der Gebäude von Beginn an auch die Möblierung der Räume mitgedacht werden sollte, um eine flexible Nutzung der Räume zu ermöglichen (z. B. verschiebbare Regale u. ä.). Das Gebäude und die Anordnung unterschiedlicher Nutzungen sollten so konzipiert werden,

dass auch eine Nutzungsänderung leicht möglich wird (z. B. nach Auszug einer öffentlichen Einrichtung). Daneben erfordert die flexible Raumnutzung auch eine Koordination der Flächennutzung, eine effektive Vermittlungsfunktion, Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring sowie eine laufende inhaltliche Fortschreibung des Nutzungskonzeptes. Daraus folgt, wie Frau Soyka verdeutlichte, dass personelle Kapazitäten eingeplant werden müssten, um die Mehrfachnutzung von Räumen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Nutzungen innerhalb eines Gebäudes zu ermöglichen.

Der Prozess zur Entwicklung eines Quartierszentrums beinhaltet die intensive Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure bei der Abstimmung und baulichen Umsetzung eines tragfähigen inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Konzeptes. Dieses sollte sich vor allem nach den konkreten Bedarfen und Erforderlichkeiten vor Ort richten und durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit- und Beteiligung begleitet werden. Laut Frau Soyka sollte auf der Ebene der Nutzer und Träger der Einrichtung die Abstimmung über das inhaltliche Konzept erfolgen. Auf der Ebene der Entscheider, der die beteiligten Behörden sowie die Geldgeber angehören, werden dagegen Abstimmungen über die Rahmenbedingungen – Finanzierung, Entwicklung von Leitbildern etc. – getroffen.

Kerstin Marschal, Stadt Merseburg, stellte die Ergebnisse der Quartiersentwicklung „Tiefer Keller“ in der Innenstadt von Merseburg dar. Merseburg befindet sich in Sachsen-Anhalt im Süden von Halle (Saale), hat 36.000 Einwohner und nahm 2010 an der Internationalen Bauausstellung IBA-Stadtumbau in Sachsen-Anhalt teil. Mit dem Konzept „Neue Chancen-Neue Milieus“ wurde das Ziel verfolgt, den Bevölkerungsverlust entgegen zu wirken, gute Rahmenbedingungen für kreative Milieus zu schaffen, zugewanderte Menschen zu integrieren und das Image als Dom- und Hochschulstadt zu profilieren. Die Schaffung öffentlich zugänglicher Kultureinrichtungen und Freiflächen im Quartier „Tiefer Keller“ war hier ein wesentlicher Baustein.



Quartier „Tiefer Keller“ nach Abschluss der Sanierung
Foto: Stadt Merseburg

Das innerstädtische Quartier „Tiefer Keller“ war geprägt durch Funktionsverluste und städtebauliche Missstände sowie einen hohen Leerstandsanteil. Gleichzeitig befinden sich hier zahlreiche Baudenkmale, darunter mittelalterliche Kellernanlagen, die aber nur teilweise zugänglich und einsturzgefährdet waren. Auch das Kunsthaus, ein privat betriebenes Ausstellungshaus, befindet sich im Quartier „Tiefer Keller“.

Unter Einbeziehung der öffentlichen und privaten Immobilieneigentümer, der Akteure aus Kultur, Wissenschaft und der Bürgerschaft wurde unter Mitwirkung von externen Planern und Moderatoren ein Konzept zur Entwicklung des Quartiers erarbeitet. Es wurden Planungswerkstätten, Workshops und ein Künstlersymposium durchgeführt.

Im Zeitraum von 2008 bis 2016 wurde das Quartier „Tiefer Keller“ als ein Ort für Kunst, Kultur und Wohnen entwickelt. Die Wohngebäude wurden umfassend modernisiert und ein Großteil des denkmalgeschützten Bestandes erhalten. Das Kunsthaus wurde saniert und erweitert. Es bietet nun Ateliers und Unterkünfte für Künstler. Zudem wurde das mittelalterliche Kellersystem gesichert und ist nun öffentlich zugänglich. Hier finden Stadtführungen, Ausstellungen und Veranstaltungen statt. Auch die privaten Hofflächen wurden neu geordnet und gestaltet. Diese sind jetzt ebenfalls öffentlich zugänglich.

Die Wohnhäuser werden teilweise von einer Interessengemeinschaft für gemeinschaftliches, generationenübergreifendes Wohnen genutzt. Die Flächen im Blockinnenbereich wurden neu geordnet und gestaltet. Es wurde eine Quartierstiefgarage mit einem begrünten Dach angelegt. Die privaten Hofflächen sind öffentlich zugänglich und wurden parzellenübergreifend zu einer Grünfläche verbunden. Auf Brachflächen am Blockrand entstand eine weitere Freifläche, die sogenannten Kunstterrassen.

Irmtraud Wiedersatz, Bürgermeisterin der Gemeinde Burgstätten, berichtete in ihrem Vortrag von der Sanierung öffentlicher Einrichtungen im Ortskern von Burgstall, einem Ortsteil von Burgstätten. Burgstätten hat circa 3.380 Einwohner und liegt nordöstlich von Stuttgart. Seit 2008 wird die Ortskernentwicklung mit Mitteln aus dem Zentrenprogramm unterstützt. Im Mittelpunkt steht dabei, öffentliche Einrichtungen zu qualifizieren, die Nahversorgung zu verbessern sowie den öffentlichen Raum und das Ortsbild aufzuwerten.

Schwerpunkt im Bereich der öffentlichen Einrichtungen bildet die Sanierung bestehender Einrichtungen, die einem Abriss und Neubau auf Grundstücken außerhalb des Ortskerns vorgezogen wurde. Die Vorteile liegen darin, so Frau Wiedersatz, dass damit aktiv die Innenentwicklung gefördert, historisch gewachsene Strukturen erhalten, Ressourcen geschont, „kurze Wege“ gewährleistet und das Ortsbild aufgewertet werden. Die Fokussierung auf die Qualifizierung öffentlicher Einrichtungen im Ortskern hat Frau Wiedersatz zufolge Vorteile für verschiedene Zielgruppen. Im Ortskern bleiben für ältere Menschen wichtige Einrichtungen, wie die Verwaltung oder Gemeindehallen und für jüngere Menschen Treffpunkte, etwa für sportliche Aktivitäten, erhalten. Der Ortskern wird dadurch belebt und bleibt für unterschiedliche Generationen attraktiv.

Zu einem der wichtigsten Vorhaben der Ortskernentwicklung zählt der Umbau des Rathauses. Das Gebäude aus den 1960er Jahren wurde energetisch saniert, mit einem Anbau ergänzt



Rathaus der Gemeinde Burgstetten nach Sanierung und Erweiterung

Foto: Gemeinde Burgstetten

und die barrierefreie Zugänglichkeit wurde gesichert. Die Erweiterung des Rathauses ermöglichte es, ein Bürgerbüro und Besprechungsräume einzurichten. Im Dachgeschoss entstand ein Sitzungsraum. Damit gibt es nun erstmals im Rathaus einen größeren Raum für Gemeinderatssitzungen und Veranstaltungen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben war der Umbau des ehemaligen unter Denkmalschutz stehenden Güterschuppens. Nach der Sanierung steht dieser nun Bürgern für unterschiedliche Veranstaltungen zur Verfügung. Abschließend verwies Frau Wiedersatz noch auf weitere Vorhaben im Bereich der öffentlichen Einrichtungen, wie die Neuerrichtung des Bauhofes und die geplante Sanierung einer Mehrzweckhalle.

Im letzten der Beiträge aus der Praxis ging **Astrid Wiechers**, Stadt Dülmen, auf die kooperative Vorgehensweise bei der Konzeptionierung und Errichtung des Intergenerativen Zentrums Dülmen (IGZ) ein. Dülmen befindet sich in Nordrhein-Westfalen südwestlich von Münster und hat 47.000 Einwohner. Das Intergenerative Zentrum ist ein Kooperationsprojekt der Stadt und der katholischen Kirchengemeinde St. Viktor.

Für die Entwicklung der Innenstadt von Dülmen wird grundsätzlich das Ziel verfolgt, die Funktion als Standort für Handel, Kultur, Freizeit und Kommunikation zu stärken. Da sich



Öffentlichkeitswirksame Aktion für das
Intergeneratives Zentrum (IGZ) in Dülmen
Foto: Sven Marquardt

die katholische Kirche der Gemeinde St. Viktor und das Rathaus von Dülmen in unmittelbarer Nähe befinden, spielt auch die Weiterentwicklung von Angeboten der sozialen Infrastruktur sowie der Verwaltungsinfrastruktur bei der Innenstadtentwicklung eine wichtige Rolle.

Es wird das Ziel verfolgt, durch den Bau des Intergenerativen Zentrums die Freifläche zwischen dem Rathaus und dem Kirchengebäude zu bebauen, um so eine funktionale Verbindung zwischen Stadt und Kirche herzustellen und den Stadtraum gestalterisch zu qualifizieren. Kirche und Stadt schaffen an dieser Stelle mit dem Intergenerativen Zentrum eine kooperative Gemeinbedarfseinrichtung, in der künftig verschiedene städtische und kirchliche Einrichtungen gebündelt werden. Es soll ein Ort entstehen, an dem sich verschiedene Generationen treffen, vernetzen und austauschen können. Anspruch des Intergenerativen Zentrums ist es, allen Menschen offen zu stehen, egal welcher Religion oder Herkunft sie angehören. Zwischen Kirche und Rathaus soll so ein Stadtquartier entstehen, das als neue soziale Mitte Impulse für die Innenstadtentwicklung setzt und zur Belebung des städtischen Raumes beiträgt.

Im Rahmen des 2013 begonnenen Verfahrens zur Planung des Intergenerativen Zentrums wurden eine Reihe von Informationsveranstaltungen und Werkstätten durchgeführt sowie eine Projektstudie erarbeitet. Es wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben, um

Lösungen zu erhalten, wie die funktionalen Anforderungen an das Gebäude erfüllt werden können, das Intergeneratives Zentrum in den städtebaulichen Kontext eingebunden sowie die bauliche und gestalterische Qualität des Gebäudes gesichert werden kann. Mit den vorbereitenden Bauarbeiten für das Intergeneratives Zentrum wurde begonnen. Der Abschluss des Vorhabens ist für das Jahr 2020 geplant.

Die Gesamtfederführung für das Projekt liegt bei der Stadt. Es wurde eine Steuerungsgruppe mit Vertretern der Stadt und der Kirche eingerichtet, die den Prozess begleitet. Zwischen der Kirchengemeinde und der Stadt wurden Verträge geschlossen, um Planung, Entwicklung, Betrieb und Finanzierung des Intergenerativen Zentrums frühzeitig verbindlich zu vereinbaren. Unter anderem werden in der Betriebsvereinbarung die Verantwortlichkeiten, die Verteilung der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten und das Management geregelt. Die Trägerschaft und Geschäftsführung des Intergenerativen Zentrums wurden hierbei der Kirche übertragen. Mit den einzelnen Nutzern des Intergenerativen Zentrums werden Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen. Ein Lenkungsbeirat, der sich ebenfalls aus Mitgliedern der Kirche und der Gemeinde zusammensetzt, wird künftig die Entscheidung über Nutzungsangebote und Veranstaltungen treffen.

Es folgten zwei Diskussionsrunden in Arbeitsgruppen, die parallel stattfanden. **Holger Pietschmann**, Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, führte thematisch in die Arbeitsgruppen ein. Mithilfe eines elektronischen Abstimmungssystems wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Transferwerkstatt verschiedene Fragen zu öffentlichen Einrichtungen gestellt. Die Umfrage diente dazu, einen Überblick über die Bedeutung öffentlicher Einrichtungen und den Umsetzungsstand der Projekte zu erhalten und Impulse für die Diskussion in den beiden Arbeitsgruppen zu setzen.

In der ersten Arbeitsgruppe wurde das Thema „**Städtebauliche Einbindung der Frequenzbringer: Öffentliche Einrichtungen und deren**

Bedeutung als Bildungs-, Begegnungs- und Kommunikationsorte für die Stadtgesellschaft“ diskutiert. Holger Pietschmann, Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, übernahm die Moderation der Arbeitsgruppe.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten, wie die Diskussion verdeutlichte, die Bedeutung von öffentlichen Einrichtungen als Frequenzbringer sehr hoch ein. So wurde berichtet, dass die Ansiedlung von öffentlichen Einrichtungen eine große Bedeutung für die Stärkung und Belebung der Zentren hat. Es wurde auch darauf verwiesen, dass öffentliche Einrichtungen vor dem Hintergrund des zunehmenden Online-Handels und dem Rückgang des stationären Einzelhandels künftig eine immer wichtigere Funktion einnehmen können, um Innenstädte und Zentren zu stabilisieren.

Zur Frage, ob Wettbewerbe ein geeignetes Instrument sind, um die städtebauliche Einbindung der öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten, wurden unterschiedliche Ansichten geäußert. Auf der einen Seite wurden Wettbewerbe als ein konstruktives Instrument dargestellt, da Kommunen so Planungsalternativen aufgezeigt bekommen. Um gute Wettbewerbsergebnisse zu erzielen, erfordert dies auf der anderen Seite jedoch auch eine intensive (und mitunter aufwendige) Vorbereitung. Alternativ zu Wettbewerben kann auch durch Mehrfachbeauftragungen eine hohe Qualität bei der städtebaulichen Einbindung von öffentlichen Einrichtungen erzielt werden. Als wichtig wurde zudem erachtet, dass die Kommune den gesamten Prozess aktiv steuert. Dies kann insbesondere gewährleistet werden, wenn die Gemeinde im Besitz der betreffenden Grundstücke ist.

In der Diskussion wurde deutlich, dass bei Brachflächen und leerstehenden Gebäuden zahlreiche Potenziale in der Nachnutzung durch öffentliche Einrichtungen liegen. Die enge und kooperative Vorgehensweise zwischen den beteiligten Akteuren ist hier von hoher Bedeutung. So sind etwa bei der Nachnutzung von Schulgebäuden, die sich nicht

in der Trägerschaft der Gemeinden, sondern in der Trägerschaft der Landkreise befinden, häufig intensive Abstimmungen zwischen den hierfür zuständigen Dienststellen erforderlich. Eine Herausforderung ist es, die benötigten finanziellen Mittel zum Ankauf und zur Entwicklung von leerstehenden Gebäuden oder Brachflächen aufzubringen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Arbeitsgruppe stimmen überein, dass öffentliche Einrichtungen für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts eine immens wichtige Funktion haben. Mit Verweis auf die zweite Arbeitsgruppe wurde zudem geäußert, dass für den erfolgreichen Betrieb von öffentlichen Einrichtungen auch tragfähige Konzepte entwickelt und eine zielgruppenspezifische Ansprache vor allem von Jugendlichen stattfinden muss. Die langfristige Unterstützung durch die Städtebauförderung wird hier als sehr wichtig eingeschätzt.

Die zweite Arbeitsgruppe widmete sich dem Thema „**Verantwortung übernehmen: Nutzer- und Trägermodelle für öffentliche Einrichtungen**“ und wurde von Christian Kloss, Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren moderiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie in öffentlichen Einrichtungen verschiedene Nutzungen kombiniert und welche Träger eingebunden werden können.

Die Diskussionen verdeutlichten, dass die Bündelung von Einrichtungen und Nutzungen durch institutionelle Grenzen, spezifische Anforderungen der jeweiligen Nutzung und Haftungsfragen erschwert wird. Es sind deshalb kooperative Erarbeitungsprozesse erforderlich, um eine gemeinsame Haltung der beteiligten Akteure herzustellen, ressortübergreifend zu handeln und individuelle Lösungen auf der Basis intensiver Abstimmungen entwickeln zu können. Entscheidend ist es, wie die Erfahrungen aus Programmkommunen zeigen, frühzeitig verbindliche Kooperationsvereinbarungen zu treffen, um eine Grundlage für die gemeinsame Erarbeitung eines Nutzungs- und Trägerkonzeptes zu schaffen und die jeweili-

gen Anforderungen und Zielvorstellungen zu formulieren. Betont wurde, dass neben Nutzungs- und Trägerkonzepten auch Betreiberkonzepte erforderlich sind, die Aussagen über die Kosten und die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen im Betrieb darlegen.

In der Diskussion wurden auch die Möglichkeiten der Mehrfachnutzung angesprochen. Um Mehrfachnutzungen erfolgreich umzusetzen, sind eine entsprechende bauliche Konzeption für die Gebäude und flexible Formen der Möblierung zu entwickeln. Zudem sollten ausreichende personelle Kapazitäten zur Organisation der Mehrfachnutzungen bereitgestellt werden.

Vorgestellt wurden zahlreiche Beispiele, bei denen in öffentlichen Einrichtungen Nutzungen gebündelt werden und die Träger kooperieren. Hierzu zählen Bibliotheken, u. a. die Stadtbibliothek Luckenwalde, in der ein ehrenamtlich tätiger Verein ein Lesecafé betreibt, und Bildungs- und Begegnungszentren wie das Körperhaus in Hamburg-Bergedorf. Auch von Schulen und Sportstätten, die für öffentliche Nutzungen in den Nachmittagsstunden geöffnet wurden, wurde berichtet. In Bremen-Neustadt wurde zum Beispiel ein Schulhof so umgestaltet, dass er auch als Quartiersplatz und Eingangsbereich für ein Theater dient. In Marzahn-Hellersdorf wurden Schulen funktional und baulich zu sogenannten Quartiersschulen erweitert, die Räume für die Vereins- und Stadtteilarbeit bereitstellen.



Veranstaltungsraum mit Lesecafé „Wissensdurst“ in der Stadtbibliothek Luckenwalde, einem ehemaligen Bahnhofsgebäude

Foto: Plan und Praxis



Kombinierter Schulhof und Quartiersplatz in Bremen-Neustadt

Foto: Plan und Praxis

Abschließend wurde diskutiert, wie die zukünftigen Nutzer öffentlicher Einrichtungen bei der Erarbeitung der Nutzerkonzepte eingebunden werden können, um ihre Bedürfnisse in die Konzepterstellung einfließen zu lassen. Es wurden insbesondere Ansätze vorgestellt, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Projekte der Stadterneuerung werden zum Beispiel in Schulen im Unterricht im Rahmen von Projektwerkstätten behandelt oder durch Verwaltungsmitarbeiter vorgestellt und mit Schülerinnen und Schülern diskutiert.

Berichtet wurde auch von einem Street-Art-Festival, das dafür genutzt wurde, Jugendliche niedrigschwellig anzusprechen und an Planungsprozessen zu beteiligen. Weiterhin nehmen, wie die Diskussionsbeiträge zeigten, Online-Beteiligungsangebote zu. Sie werden in Ergänzung zu Informations- und Beteiligungsveranstaltungen umgesetzt. Hier zeigen die Erfahrungen, dass die Online-Angebote überwiegend auf eine positive Resonanz stoßen und von unterschiedlichen Altersgruppen in Anspruch genommen werden.

Im Anschluss stellten Holger Pietschmann und Herr Kloss die Ergebnisse der Diskussionen aus den Arbeitsgruppen im Plenum vor. Danach verabschiedeten sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie dankten der gastgebenden Stadt Luckenwalde, den Referentinnen und Referenten sowie allen Anwesenden für ihre Mitwirkung und Diskussionsbereitschaft.

Kontakt

Bundestransferstelle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“
c/o Plan und Praxis GbR
Ingenieurbüro für Stadt- und Regionalplanung

Manteuffelstraße 111
D - 10997 Berlin
Fon: +49 (0)30 6165348-51
Fax: +49 (0)30 6165348-52

aktivezentren@planundpraxis.de
www.aktivezentren.de

Fotos: Fritz Wallner, Markt Schierling (Seite 5), KIWI design + art (Seite 9), Stadt Merseburg (Seite 10),
Gemeinde Burgstetten (Seite 11), Sven Marquardt (Seite 12), Plan und Praxis (alle weiteren Fotos)

Weitere Informationen zu Erfahrungen und Praxisbeispielen zum Thema der Transferwerkstatt aus Programmkommunen des Zentrenprogramms:

BBSR (Hrsg): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Bausteine aus der Praxis der
Zentrenentwicklung. Dritter Statusbericht zum Zentrenprogramm der Städtebauförderung. 2017.
Download unter: [www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/
AktiveStadtOrtsteilzentren/Statusbericht3.pdf?__blob=publicationFile&v=1](http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/AktiveStadtOrtsteilzentren/Statusbericht3.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Internetseite zum Städtebauförderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren mit
zahlreichen Beispielen aus der Praxis: [www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/
AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Praxis/praxis_node.html](http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Praxis/praxis_node.html)